



dbb
tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin
Telefon 030.40 81-54 00
Telefax 030.40 81-43 99
tarifunion@dbb.de
www.tarifunion.dbb.de

Der Senat zerspart den Öffentlichen Dienst

Juni 2008

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

alles wird teurer, von der Miete bis zur Milch. Nur der Öffentliche Dienst soll billiger werden. Zumindest in Berlin. Während nämlich überall im Land die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes am Wirtschaftswachstum teilhaben, ist das Realeinkommen der Beschäftigten in Berlins Öffentlichem Dienst seit 1999 um etwa 20 Prozent gesunken.

Deshalb stehen wir heute hier. Wir blockieren nicht. Wir informieren!

Die Berliner SPD führt heute im BCC (Berliner Congress Centrum) ihren Landesparteitag durch. Gemeinsam mit der LINKEN verantwortet sie diese massiven Einkommensverschlechterungen. Obwohl sich beide Parteien selbst gern als Arbeitnehmerparteien darstellen, verweigern sie den Beschäftigten ordentliche Einkommenserhöhungen. Seit September 2007 schleppen sich die Tarifverhandlungen über unsere Einkommen dahin. Ob Beschäftigte der Steuerverwaltung, Erzieher, Schulhausmeister, ob Feuerwehr, Bürgeramt oder Tarifbeschäftigte im Polizei- und Justizdienst – alle Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst des Landes Berlin sorgen Tag für Tag dafür, dass Berlin funktioniert. Das ist unsere Aufgabe. Das erledigen wir gern! Aber dafür wollen wir auch gerecht bezahlt werden!

Noch einmal: Wir blockieren hier nicht. Wir vom Öffentlichen Dienst in Berlin sorgen vielmehr dafür, dass Berlin rund läuft. Deshalb sind unsere Forderungen auch angemessen:

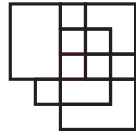
Und das wollen wir:

Mit dem Bund, den Kommunen und allen Bundesländern außer Berlin und Hessen wurden neue, zukunftsfähige Tarifverträge vereinbart. Der TVöD und der TV-L. Im Tarifvertrag für die Bundesländer (TV-L) wurde für dieses Jahr eine Einkommenserhöhung von 2,9 Prozent vereinbart. Weiterhin wurden Einmalzahlungen von 3 x 300,- Euro an die Beschäftigten gezahlt. Das wollen wir auch für die Beschäftigten im Land Berlin.

Der Berliner Senat bietet aber nur für das Jahr 2008 eine Einmalzahlung von 225,- Euro an. Für das Jahr 2009 stellt er dies ebenfalls in Aussicht, „wenn es die Haushaltslage zulässt“. Das ist definitiv nicht ausreichend!

Die Politik von Wowereit, Sarrazin und Körting führt dazu, dass z. B. ein Polizeiangehöriger in Berlin mit 1.191 Euro (netto) im Monat auskommen muss. In Brandenburg erhält er 1.317 Euro (netto). So gefährdet die Politik des Senates einen leistungsstarken Öffentlichen Dienst!

bürger-info



dbb

10 Jahre Öffentlicher Dienst Berlin

Lohntüte

**Lohnentwicklung seit 1999
inkl. Anwendungen - TV Berlin:**

- 3,6 %

Kaufkraft:

- 18 %

Steuern und Abgaben:

+ 2 %

Bleiben: - 19,6 %

bürger-info

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.tarifunion.dbb.de